



Miserable Wohnverhältnisse: Zwei rumänische Werkvertragsarbeiter in ihrer Unterkunft. Häufig leben zehn Personen in Wohnungen von etwa 70 Quadratmeter. Schlafräume und Bad müssen geteilt werden. Übermüdung, Frust und Alkohol sorgen in den Unterkünften für ein schwieriges soziales Miteinander. FOTO: DPA

Gütersloh erhält eigene Beratungsstelle

Caritas: 5.000 Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa leben im Kreis Gütersloh. Die Lebensbedingungen sind bisweilen miserabel. Jetzt begeistern sich gleich mehrere Bürgermeister für eine neue Projektidee

Von Jeanette Salzmann

■ **Gütersloh.** Eine einzige Beratungsstelle für osteuropäische Werkvertragsarbeiter im ganzen Kreis Gütersloh ist nicht genug, findet der Caritasverband Kreis Gütersloh. Es müssen mehr sein, um den Menschen besser helfen zu können, die aus Rumänien, Bulgarien und Polen hierher kommen und von (Sub-)Unternehmern vorrangig in der Fleischindustrie angeheuert werden. Die Caritas hat deshalb eine Projektidee ausgearbeitet, die gestern der Landesarbeitsgruppe „GT8“ zur Entscheidung vorgelegt wurde. Am Nachmittag erfolgte die Entscheidung: Gütersloh soll eine eigene Beratungsstelle bekommen, Rietberg und Langenberg ebenso.

„Wir haben in Herzebrock inzwischen 5.300 Beratungsgespräche geführt“, erklärt Kreis Caritasvorsitzender Volker Brüggjenjürgen. „Wir kommen vor Arbeit um. Es besteht Handlungsbedarf.“ Im Kreis Gütersloh arbeiten derzeit rund 5.000 Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen von Werkverträgen. Die Arbeits-, Wohn und Lebensbedingungen dieser meist

aus Südosteuropa stammenden Beschäftigten und ihrer Familien sind zum Teil sehr schwierig, menschenunwürdig und prekär. Das so genannte Vital-Projekt vom Caritasverband Kreis Gütersloh nimmt sich dieser Problematik an. Innerhalb von zwei Jahren soll ein dezentrales Beratungsangebot aufgebaut und erprobt werden. In Langenberg ist geplant, dass Kreisfamilienzentrum hierfür zu nutzen. In Rietberg soll die Beratung in dem Gebäude durchgeführt werden, wo bereits die

Kindertagespflegevermittlung und die Flüchtlingskoordination ansässig sind. In Gütersloh soll das Caritasberatungszentrum „Unter den Ulmen“ genutzt werden.

Ziel ist es, neben der psychosozialen Beratung unter anderem die Sprachförderung der Migranten mit niedrigschwelligen Angeboten wie etwa einem Elterncafé zu verbessern, Treffpunktangebote zu machen und die Anbindung an bestehende Vereine und Hilfesysteme herzustellen.

280.000 Euro sind für das

Gesamtprojekt veranschlagt, verknüpft mit 1,5 Fachstellen. 150.000 Euro kommen als Fördergeld vom Land, 22.500 Euro trägt die Caritas plus 20.000 Euro zweckgebundene Spendenmittel. Die Projektkommunen geben 87.500 Euro – knapp die Hälfte davon aus Gütersloh. „Es ist zum ersten Mal gelungen, die Kommunen von der Wichtigkeit der Maßnahme zu überzeugen. Die Bürgermeister machen mit“, freut sich Brüggjenjürgen. „Das Thema ist lange genug bagatellisiert worden.“

Start soll am 1. Mai 2019 sein. „Wir haben jetzt als Caritas den Auftrag, anzufangen“, so Brüggjenjürgen. Ziel sei es nach seiner Auffassung, das Beratungsmodell ab 2021 im gesamten Norden des Kreises Gütersloh auszubreiten. „Viele Kommunen sind betroffen, aber jede regelt die Problematik bislang selbst. Eine kreisweit einheitliche Beratung ist sinnvoll.“ Wenn alle dasselbe Problem hätten, müsse man zusammenarbeiten. „Wir schicken doch bereits eine traumatisierte Generation von Kindern in die Schulen ohne entsprechende Vorbereitung“, mahnt Brüggjenjürgen.

Wird die kirchliche Organisation also jetzt politisch? „Wir haben uns entschieden, das Thema nicht schweigend zu akzeptieren, sondern den Finger in die Wunde zu legen“, so Brüggjenjürgen. Der Caritasverband sei der festen Überzeugung, den Menschen gehe es schlecht. „Das ist nicht Politik, sondern die Aufgabe von Wohlfahrtsverbänden, auf Notlagen aufmerksam zu machen.“

Zur weiteren Bearbeitung geht die Projektidee ab heute zur Bezirksregierung.

Runder Tisch in Gütersloh kann starten

■ Nach der Idee folgt jetzt die Umsetzung: Der Sozialausschuss hatte bereits im Frühjahr die Einrichtung eines „Runden Tisches“ beschlossen, um der gesellschaftlichen Problematik rund um den Zugang der osteuropäischen Werkvertragsarbeiter besser begegnen zu können. Weil die Stadtverwaltung die Gründung des Runden Tisches zwar befürwortet, die Geschäftsführung dafür aber nicht übernehmen wollte, war die Sache ins Sto-

cken geraten. Der Evangelische Pfarrer Andreas Walczak-Detert konnte für die Position gewonnen werden. Der in Rheda wohnende Pfarrer ist vor seinem Ruhestand viele Jahre in der Martin-Luther-Kirche tätig gewesen. Er wird jetzt verschiedene Organisationen, Stadtverwaltung und die Fleischindustrie an den Tisch einladen. Den Vorsitz der Gesprächsrunde hat Volker Richter (SPD), Vorsitzender des Sozialausschusses. (jez)



Koordiniert: Pfarrer (i.R.) Andreas Walczak-Detert. FOTO: RVO